

Bericht über den VI. Bundeskongress von Die Linke.SDS in Berlin

34 Delegierte aus 21 SDS-Hochschulgruppen sowie ca. 50 Gäste kamen vom 18.-20. Juni 2010 an der Berliner Humboldt-Uni zum VI. Bundeskongress von Die Linke.SDS zusammen, dem höchsten beschlussfassenden Gremium des Verbandes. Das Motto des Kongresses war „*Be organized! - Sozialistische Organisation in Bewegung(en)*“.

Den Auftakt bildete eine Podiumsdiskussion zur Programmdebatte der LINKEN mit Nele Hirsch (Programmkommission, Geschäftsführender Parteivorstand Die LINKE), Benjamin Hoff (Staatssekretär für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz in Berlin) und Florian Wilde (Geschäftsführer Die Linke.SDS). Die Diskussion sollte einen Aufschlag zur Debatte über das künftige Parteiprogramm innerhalb des SDS bieten. Benjamin kritisierte am Programmentwurf u.a., dass es einen zu undifferenzierten Arbeitsbegriff vertrete, der libertäre und radikaldemokratisch inspirierte Kritik an der Lohnarbeit nicht aufgreife. Auch sei die Forderung nach Verstaatlichung zu pauschal gestellt: Unternehmen würden keineswegs automatisch besser wirtschaften, wenn sie der Kontrolle des bestehenden Staates unterstellt würden. Florian begrüßte die grundlegende Ausrichtung des Entwurfes. So werde die Notwendigkeit einer Überwindung des Kapitalismus und die Schaffung einer demokratisch-sozialistischen Gesellschaft klar benannt. Allerdings bleibe der Weg dahin zu unbestimmt. Die im Programmentwurf aufgestellten konkreten Reformforderungen seien insgesamt zu zahm und bleiben in Bezug auf das Ziel einer sozialistischen Gesellschaft eher unvermittelt. In der Betonung der Notwendigkeit der Selbstorganisation, Selbstaktivität und Selbstemanzipation der Massen als zentralem Moment eines Übergangs zum Sozialismus bleibe der Entwurf hinter früheren Programmen aus der Arbeiterbewegung, etwa dem von Rosa Luxemburg verfassten Spartakusprogramm, zurück. Weiter bemängelte Florian, dass rätedemokratische Alternativen zum Parlamentarismus nicht einmal als möglicher Horizont in dem Programm aufscheinen. Gerade hier könne Die Linke.SDS sich – auch unter Bezug auf Debatten über Rätedemokratien im historischen SDS – in die Programmdebatte einbringen. Deutlich wurde in der Debatte die starke Skepsis vieler SDSlerInnen gegenüber Regierungsbeteiligungen der LINKEN wie aktuell in Berlin und Brandenburg, deren Berechtigung von Benjamin energisch verteidigt wurde. Nele ging abschließend noch mal auf die Abschnitte zur Bildungspolitik im Programm ein und appellierte an den SDS, sich hier einzubringen. Bis zum nächsten Bundeskongress soll die Debatte zum Parteiprogramm im SDS so weit gediehen sein, dass dazu konkrete Beschlüsse gefasst werden können.

Am Samstag gab es eine Reihe von Grußworten an den Bundeskongress, u.a. von Jasper Prigge (BSPR Linksjugend.´solid), GenossInnen eines linken Studierendennetzwerks aus Österreich und von Florian Becker (Bündnis „Wir zahlen nicht für eure Krise“). Florian forderte den SDS auf, sich intensiv in die Krisenproteste im Herbst einzubringen. Spontan hielt auch Luc Jochimsen, die Präsidentschaftskandidatin der LINKEN, ein Grußwort an den Bundeskongress und stand den Delegierten Rede und Antwort. Weiter gab es am Samstag morgen ein Podium zu „Sozialistische Organisation an der Hochschule von gestern bis heute- MSB, SHB, Linke.SDS - Wo können wir heute anknüpfen?“ mit Ferencz Benda (ehem. ADS [*Aktionsgemeinschaft von Demokraten und Sozialisten*]), Wolfgang Gehrke (ehem. MSB Spartakus) und Julia Dück (Linke.SDS). Wolfgang berichtete, der DKP-nahe MSB habe zu Hochzeiten bis zu 15.000 Mitglieder gehabt, allein die Marburger Hochschulgruppe hatte 2.000 Mitglieder. Der MSB verfügte über ein Netz von 65 Buchhandlungen in Uni-Vierteln und konnte von seiner Monatszeitung „Rote Blätter“ bis zu 40.000 Stück an den Unis verkaufen. Der MSB war dabei eine selbstständige Organisation, solidarisch mit der DKP und ihrer Jugendorganisation SDAJ verbunden, aber trotzdem von beiden unabhängig. In der

Debatte gab es sowohl Stimmen, die die damalige Stärke linker Studierendenorganisationen aus der damaligen Stärke der Linken an den Unis erklärten und meinten, in Zeiten von BA/MA und genereller Verdrängung kritischer Wissenschaften ließe sich derartiges kaum wiederholen. Andere Argumentierten, der MSB sei die Studi-Organisation einer ziemlich merkwürdigen Klein-Partei gewesen. Nun haben wir mit der LINKEN eine linke Massenpartei in Deutschland, und der Kapitalismus insgesamt viel instabiler als damals. Daher müsse auch der SDS für sich die Perspektive einer massenhaften sozialistischen Organisation an den Hochschulen entwickeln.

Danach folgte die Antragsdebatte. Hitzig wurde es dabei vor allem an zwei Punkten: Der Gaza-Resolution und dem Leitantrag des Bundesvorstandes. Zu beiden lagen zahlreiche Änderungsanträge vor.

Der Leitantrag des Bundesvorstandes argumentierte: Die Bildungstreikbewegung sei momentan im Niedergang und könne daher nicht mehr in dem Maße wie in den letzten Semestern den strategischen Fokus des SDS bilden, wobei der SDS auch weiter aktiv in der Bewegung mitarbeiten müsse. Zentraler Konflikt der nächsten Monate werde der Kampf um die Sparpakete der Bundes- und Landesregierungen als Versuch, die Kosten der Krise auf die Bevölkerung abzuwälzen. Um in diesen Konflikten ein relevanter Akteur zu sein und um effektiv an einem neuen Aufschwung der Bildungsproteste mitwirken zu können, müsse sich der SDS in der nächsten Zeit auf den Aufbau seiner lokalen Strukturen konzentrieren. Die Gruppen müssten durch die Entwicklung einer effizienten und partizipativen Gruppenpraxis (politische Gruppentreffen, Veranstaltungen, regelmäßige Infotische, Lesekreise...) gestärkt werden. Der BuVo übernahm eine Reihe der gestellten Änderungsanträge. Diskussionen gab es u.a. über die Passage: *„Langfristiges Ziel des SDS ist eine massenhafte sozialistische Organisation an den Hochschulen im Rahmen eines lokal verankerten und zugleich auch bundesweit handlungsfähigen Verbandes.“* Einige Delegierte warfen die Frage auf, ob ein solches Ziel noch zeitgemäß sei. Allgemein gewünscht wurde ein stärkerer Austausch über die verschiedenen Praxen der SDS-Gruppen vor Ort, aus denen ein Pool an unterschiedlichen Modellen entwickelt werden soll, wie Gruppen erfolgreich arbeiten und wachsen können.

Spannend, zum Teil auch hitzig war die Diskussion über die Gaza-Resolution. Eine Reihe von Änderungsanträgen wurde gestellt. Ergebnis ist eine Resolution, in der der SDS klar den Überfall auf die Gaza-Hilfsflotte verurteilt, ein Ende der Besatzung von Westbank und Gaza-Streifen fordert und sich mit den fortschrittlichen Kräften im Nahen Osten, die sich für eine friedliche Lösung des Konfliktes einsetzen, solidarisiert.

Mit großen Mehrheiten angenommen wurden etwa Anträge wie der, bundesweit in den Semesterferien Rosa-Luxemburg-Lesekreise zu initiieren und auf der SDS-Herbstakademie zusammenzuführen, oder der Antrag, eine antimilitaristische Broschüre gemeinsam mit der Linksjugend.´solid herauszugeben.

Sehr emotional wurde es dann bei der Verabschiedung von Steffi Graf, die eineinhalb Jahre lang als SDS-Geschäftsführerin gearbeitet hatte, zu den GründerInnen des SDS gehört und den Verband als Geschäftsführerin und zuvor Bundesvorstandsmitglied stark geprägt hat. Als ihre Nachfolgerin wurde mit großer Mehrheit Almut Woller (SDS Leipzig) gewählt, die nun zusammen mit Florian Wilde die Geschäftsführung bildet.

Außerdem wurde ein neuer SDS-Bundesvorstand gewählt. Ihm gehören nun an: Anna-Lena Schnaudt, Judith Benda, Julia Dück, Franziska Lindner, Friederike Benda, Sascha Collet, Simon Zeise, Ben Stotz, Oskar Stolz, Jens Liedtke. Am Rande des Kongresses gab es auch Treffen verschiedener Bundesarbeitsgemeinschaften (BAG´s) des SDS, u.a. der AG Kritische Wissenschaften, der AG Antimilitarismus und Frieden (BAG AUF) und einer sich neu

gründenden AG zu Feminismus und Gender, deren erstes Treffen sehr gut besucht war und in dem es spannende Diskussionen etwa über gegenderte Sprache im SDS und marxistische Analysen der Frauenunterdrückung gab.

Insgesamt war es ein spannender und sehr politischer Bundeskongress, bei dem sich alle Beteiligten Mühe gaben, politische Debatten nicht durch Antragsschlachten zu ersticken und bei dem trotz teilweise hitziger Debatten eine insgesamt sehr solidarische Atmosphäre herrschte.

Florian Wilde